

Komm betteln in Herrenberg!

Diakoniemitarbeiter sollen wieder um ihren Lohn gebracht werden

Seit zehn Monaten bekommen unsere Kollegen im öffentlichen Dienst mehr Lohn. Die Beschäftigten der Diakonie haben bis heute keinen Cent mehr in der Tasche. Die Arbeitgeber haben gegen die Tarifübernahme Einspruch eingelegt und alle Einigungsversuche scheitern lassen. Sie wollen wieder einmal auf Kosten der Beschäftigten sparen und den Tarifabschluss nur teilweise und dazu noch verspätet übernehmen. Der Lohnverlust, den die Beschäftigten gegenüber dem öffentlichen Dienst verkraften müssen, beträgt bei den meisten schon wieder ein paar hundert Euro. In den Verhandlungen der AGMAV mit den Arbeitgebern hat sich gezeigt, dass die Arbeitgeber nicht bereit sind, den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes als Grundlage für die Bezahlung zu akzeptieren. Bei diesem Thema leiden die diakonischen Arbeitgeber an Gedächtnisschwund. Sie können sich nicht erinnern, dass wir bei der Reform der AVR beschlossen hatten, dass der

Tarif des öffentlichen Dienstes automatisch gelten soll, wenn nicht diakonische Besonderheiten eine Änderung notwendig machen. Kein Geld oder die Zahlungsunlust sind scheinbar diakonische Besonderheiten. Während die Mitarbeiter der Diakonie mit Hilfe des Dritten Wegs um ihren Lohn gebracht werden sollen, wird am 21.10. in Herrenberg gefeiert. Dreißig Jahre „Dritter Weg“ ist der Anlass. Uns ist nicht zum Feiern zumute. Seit dreißig Jahren müssen Beschäftigte der Dia-

konie erleben, dass sie um die Übernahme der Lohnabschlüsse des öffentlichen Dienstes kämpfen müssen. Die Arbeitgeber haben ein Angebot vorgelegt, das vorgaukelt, dass es die Tarifsteigerungen im TVöD nachvollzieht. Am Ende des Jahres würden die Mitarbeiter tatsächlich den Tabellenlohn des TVöD erhalten. Bis dahin soll es nichts

oder nur wenig geben. Damit lassen wir uns nicht abspeisen. Stattdessen gilt es jetzt: Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst muss automatisch übernommen werden.



Liebe

Kolleginnen und Kollegen, nur anderthalb Jahre hat der Kompromiss gehalten. Gemeinsam haben AGMAV- Vorstand und Diakonie-Arbeitgeber erklärt, dass die Zusammenarbeit besser werden wird, weil wir mit der neuen AVR grundlegend die Anwendung des Tarifs des öffentlichen Dienstes beschlossen hatten. Uns war aber auch klar, dass viele Arbeitgeber diesen Abschluss als Niederlage erlebt haben. Die erste Gelegenheit soll nun genutzt werden, um die vereinbarte Tarifautomatik platzen zu lassen. Weg vom Tarif, weg von Gewerkschaft, das ist und bleibt ihr Ziel. Sie wollen bestimmen, wer mehr und wer weniger bekommt. Aber sie werden sich auch dieses Mal täuschen, wir lassen uns nicht mehr mit Almosen abspeisen, wir wollen nicht länger um unseren Lohn betteln müssen. Am 21.10. sehen wir uns in Herrenberg, nicht um zu feiern, sondern um gemeinsam für den Wert unserer Arbeit einzustehen. Wir lassen uns nicht trennen:

Wir stehen zusammen.
WIR SIND DIAKONIE!

Uli Maier
Vorsitzender der AGMAV

Tarif.automatisch.diakonisch.gut

ZUM ALLERLETZTEN MAL:

Seit dem 1. Januar wird im öffentlichen Dienst 1,2% mehr Gehalt bezahlt. Dazu kommen weitere Tarifsteigerungen im nächsten Jahr und der Tarif des Sozial- und Erziehungsdienstes. In „Ihr gutes Recht“ haben die Arbeitgeber den Beschäftigten ein vermeintliches Angebot vorgelegt. Dieses Angebot wurde untermauert durch Grafiken, die zeigen sollten, dass die Beschäftigten der Diakonie genauso viel bekommen, wie die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Gleichzeitig behaupten sie, die Strukturanpassung des Tarifvertrags sei eine Tarifsteigerung. Das ist eine Mogelpackung!

Schon heute fehlen

den Beschäftigten 1,2% Lohn pro Monat. Das heißt, wenn die Lohnsumme die gleiche sein soll wie im öffentlichen Dienst, müsste die Erhöhung für den Rest des Jahres höher sein. Nur so kann der Lohnverlust der letzten 9 Monate ausgeglichen werden. Das haben die Arbeitgeber in Ihrem Angebot schamlos verschwiegen.

Eine Mitarbeiterin in der Entgeltgruppe 4 und der Erfahrungsstufe 3 hat beispielsweise bereits jetzt 260 € we-

niger in der Tasche als ihre Kollegin im öffentlichen Dienst.

Dieser Betrag ist ohne Nachzahlung für immer verloren. Auch das Argument der Strukturanpassung, das die Arbeitgeber so gerne benutzen, ist der untaugliche Versuch Mitarbeitende über den Tisch zu ziehen. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gilt seit 2005 der Tarifvertrag. Spätestens 2007 waren alle Beschäftigten übergeleitet und in Ihrer endgültigen Eingruppierung. Einzelne haben dadurch mehr verdient, für alle die in der Endeingruppierung angekommen sind, hat sich nichts verän-

dert. Bei uns wird dies erst im Jahr 2011 geschehen. Durch die von den Arbeitgebern verzögerte Tarifübernahme entstand den Beschäftigten der Diakonie bereits ein erheblicher Lohnverlust. Die Strukturanpassung ist somit keine Vergütungserhöhung, sondern ein echter Lohnverzicht.

In den Verhandlungen zur Tarifübernahme 2009 waren wir uns noch einig: Der Tarif des öffentlichen Dienstes wird in Zukunft automatisch übernommen. Einspruch wird dann eingelegt, wenn diakonische Besonderhei-

ten nicht ausreichend berücksichtigt sind. Seit dem Tag der Übernahme gab es nicht ein Verhandlungsergebnis im öffentlichen Dienst, gegen das die Arbeitgeber nicht Widerspruch eingelegt hätten. Der Einspruch wurde von Beginn an zur Regel und nicht zur diakonischen Ausnahme.

Wir wollen nicht nur die Übernahme der Tarifiergebnisse einschließlich des Tarifvertrags für den Sozial- und Erziehungsdienst. Wir wollen ein für allemal klargestellt haben: In der Diakonie Württemberg gilt der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Wir haben es satt, jedes Jahr aufs Neue um unseren Lohn zu betteln.

SCHLUSS MIT LOHNBETTELEI!

Am 21.10. werden in Herrenberg der Landesbischof, der Vorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, Kaufmann, und andere wichtige Menschen den Dritten Weg als große Errungenschaft feiern. Es wird bei dieser Jubelveranstaltung zum dreißigjährigen Bestehen der AK mit Vorträgen und Festmahl ein System gefeiert, in dem die Mitarbeiterschaft der Diakonie immer wieder auf Lohn verzichten musste. Jetzt gilt es: Sei solidarisch, sei nicht nur stark für andere, komm nach Herrenberg und bettle zum allerletzten Mal um Deinen Lohn.

Demonstration für die Übernahme der Tarifsteigerung

Aufruf zur Lohnbettelei – 30 Jahre Dritter Weg

Zur parallel laufenden Jubelveranstaltung „30 Jahre Dritter Weg“, kollektives Betteln, stehen wir in Herrenberg auf dem Marktplatz. Die diakonischen Arbeitgeber weigern sich wieder, den Tarifabschluss des Öffentlichen Dienstes 2010 zu übernehmen.

Wir betteln zum letzten Mal um unseren Lohn! Dazu treffen wir uns zur Auftaktveranstaltung

am Donnerstag, 21.10.2010
um 14.00 Uhr
in Herrenberg am Bahnhof

Danach Demo durch Herrenberg zum Marktplatz.

Bringt euch und viele Kollegen mit. Vergesst den Blechteller oder die Sammelbüchsen nicht!

Bundes AVR: Die endlose (Leidens-) Geschichte mit der AVR DW EKD

Am 8. September wurde in Kassel die neue arbeitsrechtliche Kommission bestimmt. Von Wahlen kann man in diesem Zusammenhang kaum sprechen. Die Kommission wird gebildet vom Marburger Bund, der Gewerkschaft der Oberärzte, sowie zwei Abspaltungen des Verbandes kirchlicher Mitarbeiter aus dem Rheinland und aus Hessen Nassau. Dazu gehören auch eine neue Gruppe, die sich Davib nennt und hauptsächlich aus Augustinum Mitarbeitern besteht und drei Mitarbeitervertreter aus Sachsen und Vorpommern. Das sind nun die Arbeitnehmervertreter in der Kommission. Allenfalls die Mitarbeitervertreter haben eine Legitimation, alle anderen vertreten nur Randgruppen der Beschäftigten.

Besonders pikant ist die Beteiligung des Marburger Bundes. Diese Vertretung der Oberärzte hat es nicht nur geschafft, vor dem Arbeitsgericht in Hamburg die Streikerlaubnis zu erreichen, sie haben auch in Württemberg diakonische Krankenhäuser bestreikt, ohne dass sich auch nur ein Arbeitgeber darüber aufgeregt hätte. Es ist eben doch etwas anderes, ob eine Putzfrau oder ein Chirurg streikt. Die AGMAVen, bislang die Arbeitnehmerseite in der Kommission auf Bundesebene, wurden durch einen Beschluss der Diakonischen Konferenz von der Wahl ausgeschlossen. Auch die AGMAV Württemberg darf nicht mehr kandidieren. Wie die meisten anderen AGMAVen haben auch wir Württemberger die Göttinger Erklärung unterschrieben. In der Göttinger Erklärung wird gesagt, dass der „Dritte Weg“ nicht mehr den Prinzipien der gleichberechtigten Arbeit entspricht und sich deshalb die Vertretungen der Mitarbeiterschaft für den

Abschluss eines Tarifvertrags einsetzen. Alle, die diese Erklärung unterschrieben haben, durften am 8.9. das Landeskirchenamt in Kassel nicht mehr betreten.

Für die meisten AGMAVen ist es nicht neu, dass sich die Arbeitgeber neue Verhandlungspartner suchen, wenn die Ergebnisse nicht ihren Erwartungen gerecht werden. Statt zu verhandeln, tauscht man die Kommission aus.

Die Württemberger AGMAV hat sich schon vor Jahren für den Abschluss von Tarifverträgen mit unserer Gewerkschaft Verdi ausgesprochen.



Aber unsere Unterschrift unter der Göttinger Erklärung hat dazu geführt, dass wir durch die diakonische Konferenz ausgeschlossen wurden. Die AGMAV Württemberg hat gegen diese Entscheidung Widerspruch beim Schlichter eingelegt. Der Schlichter hat entschieden, unser Widerspruch wurde abgelehnt.

Damit ist klar, die AGMAV, als Vertretung der Mitarbeiterschaft in Württemberg, ist in Zukunft nicht mehr in der Bundes-Kommission vertreten. Dies kennen wir in Württemberg bereits. Im Jahr 1996 war die Diakonische Konferenz der Meinung, dass Arbeitsrecht ohne Mitarbeitervertreter aus Württemberg besser zu gestalten ist. Auch damals ist der Verband kirchlicher Mitarbeiter hilfsbereit der

Diakonieleitung beigestanden. Herausgekommen ist auf Bundesebene die Absenkung der Vergütung für Beschäftigte in der Hauswirtschaft, die W-Gruppen.

Die AGMAV hat damals erreicht, dass die Bundes - AVR in Württemberg nicht mehr angewandt wird. Heute sind wir wieder in dieser Situation. Der Antrag, dass die AVR DW EKD nicht mehr Teil des württembergischen Arbeitsrechts sein kann, wird gestellt.

Die Arbeitsrechtliche Kommission in Württemberg wird nun entscheiden müssen. Da es zu genau dieser Situation einen Spruch des Schlichtungsausschuss gibt, kann die Entscheidung in Württemberg eigentlich nicht anders ausfallen wie 1996.

Es gibt aber viele Beschäftigten in diakonischen Einrichtungen, die AVR DW EKD Arbeitsverträge haben. Welche Auswirkungen hat es für die Mitarbeitenden, wenn die AVR DW EKD nicht mehr Teil der AVR Württemberg ist? In den Einrichtungen, die nach den württembergischen Regeln

mit Besitzstandswahrung auf die Bundes-AVR umgestiegen sind, ist weiterhin die Kommission in Württemberg zuständig. Beschlüsse der neuen Kommission werden nicht mehr umgesetzt, es sei denn, wir beschließen die Übernahme. Damit können wir verhindern, dass die Kommission von „Arbeitgebers Gnaden“ unkontrolliert in die Arbeitsverträge in Württemberg eingreift. Sollte allerdings der Fall eintreten, - unwahrscheinlich aber möglich- dass die Kommission erhebliche Verbesserungen beschließt, dann müssten auch diese Verbesserungen in der württembergischen Kommission beschlossen werden. Neue Mitarbeiter können nur noch nach AVR TVÖD eingestellt werden.

Dranbleiben, obenbleiben

Der Ruf gegen den Umbau des alten Stuttgarter Kopfbahnhofs, der in einen Tunnel tief unter die Stuttgarter Innenstadt verlegt werden soll, ist unüberhörbar. Seit Monaten treffen sich Gegner/innen gegen dieses Bauvorhaben am Bahnhof, um lautstark gegen das Bauprojekt zu demonstrieren. Mehr als 6 Milliarden Euro wird dieser Tunnel verschlingen, ohne Nutzen für die Bahnfahrer. Dieses Geld wird fehlen. Vor allem im Sozialbereich wird gespart werden um dieses Milliardenloch zu finanzieren. Die Seitenflügel des denkmalgeschützten Bahnhofs werden jetzt abgerissen, mehr als 200 Bäume sollen gefällt werden. Doch der Widerstand wächst.

„Das bringt doch nichts mehr, es ist doch alles längst entschieden, die machen doch sowieso was sie wollen“, sagen viele.

Das sagen diejenigen, die für Stuttgart 21 sind oder die ihre Ruhe haben wollen oder die nicht an die Kraft der Veränderung glauben. Der Massenbewegung gegen das Mammutprojekt Stuttgart 21 soll damit die Motivation oder die Legitimation genommen werden. Aber das fruchtet nicht mehr. Gerade weil schon alles entschieden sein soll oder gerade deshalb, wie entschieden wurde, wird der Ärger immer größer.

Den Park schützen - Wohnen im Baum

Von Woche zu Woche werden es mehr Bürger/innen, die auf die Straße gehen, die Bagger blockieren, Sitzblo-

ckaden halten, Baumhäuser beziehen und sich laut und stark Gehör verschaffen. Und es sind eben nicht nur die Chaoten, die man einfach diffamieren kann, es sind Menschen aus allen Schichten aus jedem Milieu. Der bürgerliche zivile Ungehorsam in Stuttgart hat mit Chaotismus nichts zu tun. Es ist eine Bürgerbewegung, die zum Massenaufstand wird.

Und nutzt das was? Längst ist nicht mehr sicher, dass das Projekt wie geplant durchgezogen wird. Spitzengespräche werden angeboten, man will jetzt die Bürger/innen mitnehmen, als sei das Ganze nur ein Kommunikationsproblem. Die Leute lassen sich aber nicht mehr belügen:



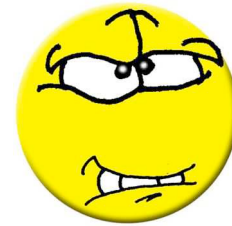
„Lügenpack“ ist ein Ruf der Menschen bei den Demonstrationen. Die Menschen haben das jahrelange Schönreden satt. Sie wollen reelle

Zahlen und Fakten und vor allem wollen sie mitentscheiden. „Das ist unsere Stadt“.

Ein Bürgerentscheid wird immer wahrscheinlicher, auch wenn Frau Merkel meinte, eine Bürgerbefragung sei unnötig, weil es ja 2011 eine Landtagswahl gebe.

Es geht längst nicht mehr nur um die Frage Tiefbahnhof oder Kopfbahnhof, es geht darum, wie viel Demokratie gewollt und gelebt wird. Jetzt gilt, was man nicht bekommt, muss man sich nehmen. Das war schon immer so.

Meiers Lach- und Sachgeschichten



Herr Meier ist wütend. Herr Meier hat ein „Blättle“ erhalten. Herr Meier bekommt viele

Blättle.

In diesem Blättle steht, dass Mitarbeitervertretungen falsch informieren. Wer hat das Blättle geschrieben? Die Diakonie-Arbeitgeber. Die sagen, sie wissen, was für die Mitarbeiter richtig und was falsch ist. Klingt komisch, ist aber so. Darüber ärgert sich Herr Meier. Denn Herr Meier ist Mitarbeitervertreter. Er weiß, was Mitarbeiter wollen. Sie wollen, was ihnen versprochen wurde. Nämlich: Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes übernehmen.

Was macht Herr Meier jetzt mit diesem Blättle?

Richtig, zurückgeben oder ins Altpapier. Dort wird das unnütze Papier in kleine Teile zerrissen. Mit Wasser und Chemie wird daraus ein Brei. Und aus diesem Brei entsteht neues Papier.

Auch Klopapier, das weiche.

Jetzt freut sich der Herr Meier.



Immer, wenn er muss, nimmt er das weiche Klopapier – das vorher mal unnützes Papier war.

WIR! Die Zeitung für Mitarbeitende in der Diakonie wurde Ihnen überreicht durch Ihre Mitarbeitervertretung

Impressum: WIR! herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (AGMAV) im Diakonischen Werk Württemberg, v.i.S.d.P.: Wolfgang Lindenmaier;

Anschrift: Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Württemberg,

Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart, Fon: 0711-1656 266, Fax 0711 - 1656 49 266,
Mail: agmavdww@web.de, Homepage: www.agmav.diakonie-wuerttemberg.de

